



15. Juni 2012

Agrarrat muss jetzt Wahlmöglichkeiten und Flexibilität schaffen

Bauernpräsident Heidl fordert praxistaugliche und leistbare Vorschläge beim Greening

München (bbv) – Am 18. und 19. Juni tagen die europäischen Agrarminister in Brüssel. Hauptthema werden erneut die Vorschläge der EU-Kommission für die gemeinsame Agrarpolitik von 2014 bis 2020 sein – insbesondere die Pläne für die Ausgestaltung des Greenings. Nachdem sich in Brüssel lange nichts bewegt hat, sind jetzt erste Ansätze für Nachbesserungen erkennbar. Ein Initiativpapier, das unter anderem von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf den Weg gebracht wurde, liefert unbürokratische Alternativvorschläge. „Ich fordere die beteiligten Agrarminister auf, die dort vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen. Nur so können praxistaugliche Wahlmöglichkeiten und Flexibilität für die Bauernfamilien durchgesetzt werden“, erklärt Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes. Es sei unsinnig zwölf Millionen Bauern von Zypern bis Finnland über einen Kamm zu scheren und beim Greening ein starres Korsett von drei Maßnahmen vorzugeben. „Wie im Fußball muss Frau Aigner die Steilvorlage jetzt ins Tor bringen, um für die Bauern zu punkten“, erläutert Heidl.

Bislang sehen die Kommissionsentwürfe zum Greening der Direktzahlungen eine Zwangstilllegung von landwirtschaftlicher Fläche vor. Erst Ende April haben Brüsseler Kommissionsbeamte erklärt, dass auf den geplanten sieben Prozent Vorrangflächen keine landwirtschaftliche Erzeugung, keine Weidehaltung und kein Anbau von Kurzumtriebspflanzen möglich wäre. Alleine in Bayern würden so mindestens 100.000 Hektar Ackerland verloren gehen, auf denen keine Lebensmittel, keine Energie und kein Futter mehr angebaut werden könnten. „Dieser Umgang mit unseren Nutzflächen als Lebensgrundlage passt überhaupt nicht zu den Herausforderungen unserer Zeit“, betont Heidl.